

Positionspapier zur Integrationspolitik

5. Juli 2010



Einleitung

Fragen im Zusammenhang mit der Zuwanderung und der Integration haben in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die Einwanderung und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung unseres Landes ist zu einem Thema von erstrangigem öffentlichem Interesse geworden. Es ist heute anerkannt - und die CVP teilt diesen Befund - dass es berechnete Ängste in der Bevölkerung gibt, die ernst zu nehmen sind und die ein Handeln erfordern. Es gilt, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zusichern zu können, dass Politik und Behörden die Bedeutung des Problems erkannt und die nötigen Massnahmen ergriffen haben. Dabei ist es auch wesentlich, dass die Kommunikation über die angetroffenen Probleme und die ergriffenen Massnahmen verbessert wird.

Die beiden Hauptfragen, die sich stellen, sind die Folgenden:

1. Wie soll die Migrationspolitik unseres Landes ausgestaltet werden? Oder anders ausgedrückt: wer soll in die Schweiz einwandern können?
2. Wie soll die Integrationspolitik unseres Landes ausgestaltet werden? Wie soll diese Aufgabe auf die verschiedenen politischen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) verteilt und unter ihnen abgestimmt werden?

Vorab einige Zahlen

Im Jahr 2008 lebten 1,638 Million Ausländer in der Schweiz (Zum Vergleich: im Jahr 1950 waren es 279'000). Das entspricht einem Anteil von 24,4% an der gesamten Bevölkerung unseres Landes. Von diesen 1,638 Millionen stammen ungefähr eine Million aus der EU.

Im Kanton Freiburg zählte die ständige ausländische Wohnbevölkerung Ende 2008 45'882 Personen, was einem Anteil von 17% der gesamten kantonalen Wohnbevölkerung entspricht.

In den Jahren 2008 und 2009 hat die Zahl der Asylgesuche gesamtschweizerisch wieder stark zugenommen und ist auf über 16'000 gestiegen. Damit nimmt die Schweiz, bezogen auf die Zahl der Asylgesuche pro Einwohner, unter den westeuropäischen Staaten nach Norwegen und Schweden den dritten Rang ein.

Migrationspolitik

Die Migrationspolitik bildet, wie die Integrationspolitik, ein Thema von hohem öffentlichem Interesse. Sie liegt zur Hauptsache in der Kompetenz des Bundes. Es ist unsere Pflicht, die Herausforderungen in der Migrationspolitik aufzugreifen, sie sachlich zu hinterfragen sowie Massnahmen zur Lösung der heutigen und künftigen Probleme vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang weist die CVP darauf hin, dass wir uns in Zukunft nicht nur auf die aktuelle Migrationsproblematik einzustellen haben, sondern uns vielmehr auch auf neue Migrationsarten wie beispielsweise aus Gründen der Klimaveränderungen vorzubereiten haben.

Die Problematik der Migration ist eng mit jener der Integration verknüpft, und zwar in dem Sinne, dass die Zulassungsregeln für niederlassungswillige Personen darauf abgestimmt werden sollten, dass in der Folge auch eine Integration möglich ist. Es drängt sich deshalb aus der Sicht der CVP auf, die Bedingungen erneut präziser zu fassen, denen die einwanderungswilligen Personen unbedingt zu genügen haben. Alle Integrationsbemühungen werden zum Scheitern verurteilt sein, wenn die betreffenden Personen diese vorgängig zu stellenden Bedingungen nicht erfüllen.

Vorbehalten bleibt der Asylbereich, in dem für die Zulassung andere Regeln und Bedingungen gelten.

Asylpolitik

Im Bereich der Asylpolitik erfüllt die Schweiz ihre Verpflichtungen gegenüber den in ihrer Heimat verfolgten Personen. Die hohe Anerkennungsquote (2008: 28%) zeugt davon, dass den Opfern von Verfolgung und Androhungen auch wirklich Schutz gewährt wird. In diesem Bereich unterstützt die CVP folgende Massnahmen:

- Anreize schaffen, damit die anerkannten Flüchtlinge einer Erwerbstätigkeit nachgehen (heute sind nur 17% davon erwerbstätig).
- Die Ausreise der abgewiesenen Asylbewerber fördern, um so die Probleme zu vermeiden, die sich aus einer zu langen Verfahrensdauer ergeben.
- Die Dauer des Verfahrens verkürzen und damit eine Anhäufung der Fälle von Personen vermeiden, die einen Entscheid abwarten. Gegenwärtig befinden sich im Durchschnitt 20'000 Personen in einer solchen Situation.
- Die Kontrollen verbessern und verstärken, um die illegale Einwanderung zu unterbinden.

Integrationspolitik

Bei der gesellschaftlichen Integration von Ausländern sind nach wie vor Defizite vorhanden. Integrationsdefizite bestehen vor allem in den Bereichen Arbeit und Bildung. 15 - 20% eines Jahrgangs ausländischer Jugendliche absolvieren keine Berufsbildung und haben somit ein hohes Risiko, arbeitslos und sozialhilfeabhängig zu werden.

Zudem haben kulturelle und religiöse Differenzen in der Schweiz zu einer Debatte über den Islam geführt. Dabei geht es insbesondere um Fragen wie religiöse Bekleidungs Vorschriften, Teilnahme am Sportunterricht oder auch um Bauvorschriften. Die CVP ist der Meinung, dass Ausländer, die sich in der Schweiz niederlassen wollen, nicht nur eine Landessprache erlernen müssen, sondern sich auch verpflichten sollen, die Grundwerte unseres Landes zu respektieren.

Die Vorschläge der CVP

Allgemeine Haltung

Die CVP lehnt unrealistische, nichtdurchführbare Forderungen und Massnahmen ab, welche die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse unseres Landes nicht angemessen berücksichtigen. Sie lehnt auch alle Massnahmen ab, die zu Fremdenfeindlichkeit führen oder dem Zusammenleben der ausländischen und der Schweizer Bevölkerung schaden könnten.

Ebenso lehnt die CVP Forderungen ab, wonach die Schweiz die Migrationsproblematik im Alleingang lösen sollte. Angesichts der Globalisierung und der engen internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ist eine internationale Zusammenarbeit in Migrationsfragen nötiger denn je. Die Schweiz wird ihre Probleme nicht allein lösen können.

Die Schweizer Wirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Ebenso braucht unser Land ausländische Forscher und Fachkräfte. Das ist heute so und wird sich angesichts der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft auch in Zukunft nicht ändern.

Die humanitäre Tradition ist ein fester Bestandteil unserer Geschichte und muss fortgeführt werden. Sie gehört zur Identität unseres Landes.

Auch die Sicherheit, die den Einwohnern unseres Landes geboten wird, ist ein wichtiges Gut. Es muss alles unternommen werden, um sie weiterhin zu gewährleisten. Das erfordert eine entschiedene Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der Kriminalität.

Die CVP ist überzeugt, dass eine ausgewogene Integrations- und Einbürgerungspolitik wesentlich zum besseren Zusammenleben in unserem Land beitragen kann.

Zusammengefasst: Die CVP setzt sich ein für eine kontrollierte Zuwanderung, verbunden mit einer wirksamen Integrationspolitik.

Familie

Sprachkurse

Migration ist für die meisten Personen, die in unser Land kommen, ein Projekt, das mehrere Generationen umfasst. Deshalb benötigen Migrierende eine langfristige Perspektive und eine Politik, die auf Kontinuität ausgerichtet ist. Eine Migrationspolitik, die ausschliesslich auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zielt, ist für die Integration der eingewanderten Personen nicht förderlich.

Nach Ansicht der CVP sollte die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung an die Bedingung geknüpft werden, dass sich die betreffenden Personen verpflichten, einen Sprachkurs zu besuchen. Diese Bedingung sollte auch für Personen gelten, die im Rahmen eines Familiennachzugs in die Schweiz kommen. Es ist diesbezüglich daran zu erinnern, dass von allen legal eingewanderten Ausländern rund ein Drittel über den Familiennachzug in die Schweiz gelangt ist. Der Mangel an Sprachkenntnissen hindert diese Personen meist daran, eine Anstellung zu finden, und führt bei Kindern und Jugendlichen zu Problemen in der Schule und in deren sozialen Umfeld.

Die CVP unterstützt die Integrationsbestrebungen auf kommunaler und kantonaler Ebene. Sie befürwortet das im Regierungsprogramm 2007-2011 angekündigte Vorhaben, die Politik des Kantons im Bereich der Integration auf ein Gesetz abzustützen (Herausforderung Nr. 3). Der Entwurf zu einem solchen Gesetz ist inzwischen erarbeitet worden und befindet sich bis zum 31. Juli 2010 in der Vernehmlassung. Die CVP wird ihr Augenmerk vor allem darauf richten, dass sich unsere Migrationspolitik auf die Familie abstützt und sicherstellt, dass die zweite Migrationsgeneration nicht marginalisiert bleibt. Es gilt, jede Form von 'ethnischer Abschliessung' zu vermeiden.

Dazu gehört insbesondere, dass die Integrationsbemühungen vermehrt auch auf die Frauen und Mütter ausgerichtet werden. Oft ohne ausreichende Ausbildung verbleiben die Mütter zuhause bei ihren Kleinkindern. Es ist zwingend, dass diese Frauen, die ihren seit mehreren Jahren arbeitstätigen Männern in die Schweiz nachfolgen, zum Zeitpunkt der Ankunft zu Sprachkursen begleitet werden. Damit dies auch genutzt wird, soll der Zugang zu diesen Kursen auch Kindern geöffnet werden ('Sprachgarten'). Die CVP wird im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen kantonalen Integrationsgesetz darauf dringen, dass Frauen und Kinder stärker in die Integrationsförderung einbezogen werden.

Allgemeine Information über das Funktionieren der Schweizer Gesellschaft

Sensibilisierungsinformationen über unsere Gesellschaft sind allen migrationswilligen Personen nach Ankunft in unserem Land mittels Integrationskurse durch die Gemeinden anzubieten. Diese Kurse sind nach dem Zusammenschluss zwingend von allen Familienmitgliedern zu besuchen. Die Präsenz des Vaters ist unabdingbar, um ihnen die Funktionsweise der Schweizer Familie verstehen zu geben und insbesondere die den Frauen zustehenden Rechte.

Integrationsvereinbarung

Diese Anforderungen sollten in einer Integrationsvereinbarung festgelegt werden, in der sich die einwanderungswilligen Personen verpflichten müssten, die Grundwerte unseres Landes zu respektieren und, falls sie nicht schon über genügende Kenntnisse in einer unserer Landessprachen verfügen, einen Sprachkurs zu absolvieren. Die CVP wird in diesem Punkt im Rahmen des laufenden Vernehmlassungsverfahrens zum neuen kantonalen Gesetz konkrete Vorschläge unterbreiten.

Schule und Ausbildung

Bekleidungsvorschriften

Die CVP bedauert die aktuelle Debatte um ein Verbot des Kopftuchs oder der Burka in der Schweiz und lehnt alle Massnahmen ab, welche eine religiöse oder ethnische Gemeinschaft stigmatisiert. Seit einigen Monaten hat aber die Diskussion um dieses Kopftuch- oder Burka-Verbot stark zugenommen. Grundsätzlich ist die CVP der Ansicht, dass ein solches Verbot schon aus juristischen Gründen des Verfassungsrechts und des internationalen Rechts nicht vertretbar ist. Sie stellt zudem fest, dass die Debatte zunehmend emotional geführt wird. Dabei wird die Tatsache verkannt, dass die Fälle, in denen das Tragen des Kopftuchs oder der Burka zu Problemen geführt hat, äussert selten sind. Sie ist überzeugt, dass in diesen Fragen mit gesundem Menschenverstand pragmatische Lösungen zu finden sind.

Diese Überzeugung beruht auf der Feststellung, dass die Freiburger Schulen in Beachtung der Grundrechte das Tragen des Kopftuchs durch muslimische Schülerinnen seit langem zulassen. Die Tatsache, dass diese Schülerinnen damit einer religiösen Vorschrift nachkommen, ist für den geordneten Ablauf und die Effizienz des Unterrichts nicht hinderlich, solange damit nicht eine Proselytenmacherei einhergeht. Die Praxis der Schulbehörden hat bis heute zu keinen grösseren Schwierigkeiten geführt, sodass sich ein generelles Verbot des Tragens des islamischen Kopftuchs in der Schule nicht aufdrängt.

Es ist Aufgabe des Lehrkörpers und der Schulleitungen, gegebenenfalls eine Schülerin und dessen Eltern darauf aufmerksam zu machen, dass das Tragen eines solchen Kennzeichens für die Integration der Schülerin hinderlich sein kann. Hingegen widersetzt sich die CVP dem Tragen eines Schleiers, der das Gesicht verdeckt, da dadurch die Verständigung zwischen Schülerin und Lehrer beeinträchtigt würde.

Lehrpersonen

Im Rahmen seiner Möglichkeiten sollte der Kanton an den öffentlichen Schulen die Präsenz von Lehrpersonen fördern, die ihrerseits immigriert sind. Dies würde einer verbesserten Integration gerade immigrierter Kinder förderlich sein. Die Schule muss den Raum schaffen, in welchem die Vielfaltigkeit sowohl der Schüler als auch der Lehrkräfte deren Platz einnehmen können.

Zudem ist es wichtig, dass sich eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Schule und privaten, von Botschaften finanzierten Lehrkräften (Samstagsschulen), bildet. Dies ist für die Integration von Kindern und dem beidseitigem Verständnis förderlich.

Ausbildung von Personen ohne gültigen Rechtsstatus

Die CVP wünscht sich im Zusammenhang mit der Berufsausbildung von Personen ohne gültigen Rechtsstatus eine pragmatische Lösung. Denn sowohl die Konvention über Kinderrechte als auch die Grundsätze der Menschenwürde sprechen sich für ein Recht auf Ausbildung der Kinder aus. Im Rahmen der Berufsbildung stellen sich die Probleme insbesondere aufgrund arbeitsrechtlicher Bestimmungen und des Ausländergesetzes, vor allem wegen der Reglementierung der 'Schwarzarbeit'. Die CVP verlangt deshalb, dass in diesem Bereich rechtliche Lösungen gefunden werden, um damit den Status dieser Jugendlichen zu regeln. Es ist hervorzuheben, dass gerade die Ausbildung einen wesentlichen Anteil zur Integration beiträgt.

Kontakte

Emanuel Waeber, Kantonalpräsident unter 079 218 48 64

André Ackermann, Präsident der Integrationskommission der CVP unter 079 819 59 67

Gabrielle Bourguet, Politische Sekretärin unter 079 630 00 52